

Caren Lay – Bundestagsdirektkandidatin für DIE LINKE im Wahlkreis Bautzen

1) Haben Sie vor, im Wahlkampf Einrichtungen und Projekte der Jugendhilfe zu besuchen? Wenn ja, welche?

Ich besuche nicht nur im Wahlkampf Jugendeinrichtungen, sondern diese Besuche sind fester und regelmäßiger Bestandteil meiner Wahlkreisarbeit. Im Rahmen meiner diesjährigen Sommertour ist geplant Einrichtungen zu besuchen, z.B. KiJu-Netzwerk Bischofswerda, Jugendhaus Neukirch (Valtenbergwichtel e.V.), Steinhaus Bautzen, NATZ Hoyerswerda, East Club Bischofswerda.

2 a) Welche drei konkreten Aufgaben sehen Sie als die Wichtigsten bei der Demokratieförderung auf Bundesebene?

2 b) Welche drei konkreten Aufgaben sehen Sie als die Wichtigsten bei der Demokratieförderung in Ihrem Wahlkreis?

Zu 2a)

Es gibt zentrale Anliegen der LINKEN, die für eine Stärkung der Demokratie essentiell sind. DIE LINKE setzt sich bundesweit für eine Stärkung der direkten Demokratie ein. Wir fordern daher Bürgerentscheide endlich auch auf Bundesebene zuzulassen. Wesentliche Voraussetzung für die Beteiligung der BürgerInnen ist jedoch auch transparentes Handeln der Behörden und Parlamente. Geheimhaltungsvorschriften, Amtsverschwiegenheit, nicht-öffentliche Beratungen bewirken, dass Entscheidungsprozesse und auch Manipulationen verborgen bleiben. DIE LINKE fordert das Recht auf umfassende Transparenz über die Daten und Informationen, die öffentliche Beratung von Ausschüssen und verpflichtende Konsultation Betroffener vor Verabschiedung von Gesetzen. Der Einfluss von Lobbyisten muss zurück gedrängt werden, z.B. durch ein Lobbyistenregister, das Verbot der Entsendung von Interessenvertretern der Wirtschaft in die Ministerien oder die Beteiligung von Großkanzleien bei der Erarbeitung von Gesetzentwürfen. In diesen Maßnahmenkatalog gehört auch, die Bestechung und Bestechlichkeit von MandatsträgerInnen noch konkreter und umfassender als bisher unter Strafe zu stellen. Die LINKE erhält als einzige Partei keine Unternehmensspenden und spricht sich generell für ein Verbot von Unternehmensspenden aus. Ein weiterer wichtiger Komplex bei der Demokratieförderung ist 3. der Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und jede weitere Form vom Menschenverachtung und Ausgrenzung. Dazu bedarf es gut ausgestatteter Bundesprogramme und die ganz konkrete Unterstützung von Initiativen und Bündnissen vor Ort - parlamentarisch und außerparlamentarisch.

Zu 2b)

Für besonders wichtig halte ich im Wahlkreis Bautzen die finanzielle Stärkung der Kinder- und Jugendhilfeträger und der Vereine und Projekte, die sich für mehr Demokratie und gegen Intoleranz in unserer Gesellschaft stark machen. Vor allem sollte das Engagement gegen Rechts stärker gefördert und in den Mittelpunkt gerückt werden. Dafür muss auch ausreichend Geld zur Verfügung gestellt werden.

Des Weiteren muss auf Kreisebene mehr Bürgerbeteiligung ermöglicht werden und mehr Transparenz bei wichtigen Entscheidungen auf Kreis- und Kommunalebene geschaffen werden. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, in Entscheidungen rechtzeitig einbezogen und umfassend informiert zu werden.

Auch die finanzielle Ausstattung der Kreistagsfraktionen zur Ausübung ihrer politischen Arbeit muss weiter verbessert werden, damit die ehrenamtlich gewählten VertreterInnen im Kreistag den hohen Anforderungen gerecht werden können und in ihrer politischen Arbeit unterstützt werden. Kreistagssitzungen sollten grundsätzlich öffentlich per Internet-Livestream übertragen werden, so wie es DIE LINKE im Kreistag bereits gefordert hat.

3) In welchen Punkten ist die Asylgesetzgebung der Bundesrepublik verbesserungswürdig?

Wer aus politischen oder ethnischen Gründen, wegen des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung verfolgt wird, wer um seine körperliche Unversehrtheit oder gar um sein Leben fürchten muss und sich auf der Flucht befindet, darf nicht abgewiesen werden. Aus diesen guten Gründen wurde im Grundgesetz das Grundrecht auf politisches Asyl geschaffen. Durch den Asylkompromiss aus dem Jahre 1992 und die anschließende "Harmonisierung der EU-Asylpolitik" wurde dieses Grundrecht seiner Substanz beraubt.

DIE LINKE fordert:

- das Asylrecht im Grundgesetz substanziell wiederherstellen; die Genfer Flüchtlingskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention uneingeschränkt gelten lassen und die UN-Kinderrechtskonvention vollständig umsetzen;
- Kettenduldungen beenden; länger hier lebenden Menschen - unabhängig von ihrem ausländerrechtlichen Status - ein gesichertes Bleiberecht gewähren;
- geschlechtsspezifische Fluchtursachen als Asylgrund umfassend anerkennen: Frauen, die in ihrem Herkunftsland von geschlechtsspezifischer Gewalt – wie zum Beispiel weiblicher Genitalverstümmelung - bedroht sind, vor Abschiebung schützen; umfassenden Schutz für Menschen gewähren, die wegen ihrer sexuellen Orientierung verfolgt werden;
- Flucht vor bürgerkriegsähnlichen, nichtstaatlichen Auseinandersetzungen, vor Milizen und Warlords als Grund für bleibendes Asyl anerkennen;
- Asylgewährung nicht widerrufen: anerkannte Flüchtlinge als gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger behandeln;
- benachteiligende Regelungen und Gesetze aufheben: Asylbewerberleistungsgesetz, Residenzpflicht und Arbeitsverbote abschaffen; Zugang zu Integrationsmaßnahmen auch für Asylsuchende sicherstellen;
- für hunderttausende "Illegale" elementare Menschenrechte wie Schulbildung und die Behandlung von Erkrankungen sichern; behördliche Meldepflichten aussetzen; Perspektiven eines legalen Aufenthalts schaffen;
- Abschiebehaft mit ihren unmenschlichen Bedingungen beenden; Sammellager abschaffen;
- auf europäischer Ebene eine menschenrechtlich fundierte Asylpolitik durchsetzen: die Grenzschutzagentur FRONTEX abschaffen; die unfreiwillige Verschiebung von Flüchtlingen nach dem ungerechten Zuständigkeitsprinzip (Dublin II-Verordnung) verbieten, faire Asylverfahren sichern.

4) Wo sehen Sie die größten Demokratiedefizite in Ihrem Wahlkreis? Welche aktuellen Entwicklungen erfüllen Sie diesbezüglich mit Sorge?

Für besonders besorgniserregend in unserem Wahlkreis halte ich die hohe Akzeptanz nationalistischen, rassistischen und homophoben Gedankenguts, welches auch in der sogenannten Mitte der Bevölkerung verankert ist. Damit eng verbunden ist leider ein geringer Wille, Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung offensiv und öffentlich anzusprechen und zu bekämpfen. Stattdessen werden die Probleme lieber unter den Teppich gekehrt, um das Ansehen einer Stadt, Gemeinde oder der Region nicht zu beschädigen. Des Weiteren sehe ich immer wieder Probleme bei der Planung großer Bauvorhaben im Landkreis, wie aktuell dem geplanten Bau von Geflügelzucht und -aufzuchtanlagen in Bischofswerda und Kubschütz, wo die wirtschaftlichen Interessen Einzelner im krassen Missverhältnis zum Wohle und dem Erhalt von Lebensqualität vieler hundert oder tausend Menschen steht. Das Mittel des Bürgerentscheides wird bei Planungen viel zu wenig berücksichtigt. Viele Bürgerinnen und Bürger fühlen sich dann übergangen und vor fast vollendete Tatsachen gestellt. Bei strittigen Fragen, etwa große geplante Einkaufszentren sollte es generell Bürgerentscheide geben.

5) Gibt es vielleicht Projekte, in denen Sie sich persönlich gegen menschenfeindliche Einstellungen engagieren?

Ich unterstütze durch meine Mitgliedschaft die Kulturfabrik Hoyerswerda, ein offenes sozio-kulturelles Freizeitgut, sowie den Braugasse 1 e.V in Hoyerswerda. Durch Spenden des Fraktionsvereins konnte ich bisher Vereinen und Initiativen im Landkreis Bautzen helfen. Meine Büros arbeiten eng mit Einrichtungen wie der Zivilcourage zusammen und ich unterstütze z.B. die Interkulturelle Woche und die Lange Nacht der Toleranz. Ich beteilige mich an Anti-Nazi-Demos im Landkreis und unterstütze die Initiative Pogrom 91. Die Linksjugend der Kreispartei veranstaltet das "Volleyballturnier gegen Rassismus" im Juni eines jeden Jahres.